

### 3. Kapitalismus ohne Wachstum und die neofeudalen Versionen

Die Meinung, die Zukunft wäre völlig offen und wegen dieser Kontingenz seien derart viele Möglichkeiten der weiteren geschichtlichen Entwicklung vorstellbar, ist zwar plausibel, aber die Eintrittswahrscheinlichkeiten der denkbaren Szenarien variieren doch beachtlich. Der *Kapitalismus* ohne Wachstum ist nicht nur irgendeine von verschiedenen vorstellbaren Möglichkeiten, sondern sie hat eine hohe Realisierungschance, gerade weil sie weder einen Zusammenbruch noch einen fundamentalen Systemwechsel voraussetzt. Die Postwachstums-Diskussion<sup>63</sup> brachte eine Vielzahl von Entwürfen einer nicht-kapitalistischen Wirtschaft ohne Wachstum hervor und neigt der These zu, dass es keinen Kapitalismus ohne Akkumulation bzw. Wachstum geben könnte – somit wäre Kapitalismus ohne Wachstum unmöglich. Dem wurde schon im Vorwort widersprochen. Das bedeutet keineswegs, dem Kapitalismus das ewige Leben zu prophezeien. Der Kapitalismus ohne Wachstum könnte als historische Vorstufe oder Brücke zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus fungieren, aber ohne Brücke kommt der historische Zug nicht ans andere Ufer.

Intensives Wirtschaftswachstum mit einem steigenden statistischen BIP ist ein historisch junger Wachstumstyp, und er wird nur eine kurze Strecke auf dem Zivilisationsweg einnehmen können. Die Epoche intensiven Wachstums müsste, sollte und wird wahrscheinlich von einem Zeitalter der großen Neuverteilung des Weltreichtums abgelöst werden. Die Antwort auf die Frage »Warum« umfasst wirtschaftliche und sozialetische Notwendigkeiten. Hierauf war bereits im ersten Kapitel eingegangen worden. Das braucht nicht wiederholt zu werden. Das Wirtschaftswachstum stößt auf zwei Barrieren, die zeitweilig verschoben, aber nicht beseitigt werden können. Die nächsten Generationen werden das Wachstumsende erleben und bewältigen müssen. Das Hinausschieben der ersten Barriere, der endogenen Bremse im Akkumula-

<sup>63</sup> Vgl. Schmelzer, 2011, S. 116-123; Schmelzer/Passadakis, 2011; Rätz/Egan-Krieger u.a. (Hrsg.), 2011.

tionsprozess durch Rüstung, Zerstörung und Wiederaufbau, Hochtreiben von Verschwendung, Verschleiß und den unproduktiven Transaktionskosten (wenn beispielsweise mehr Rechtsstreitigkeiten provoziert und damit Anwälte und Richter »beschäftigt« werden) kann das Wachstum noch ein wenig antreiben, aber damit wird die zweite Barriere, die ökologische Wachstumsschranke, noch schneller erreicht werden.

Die herrschende Wirtschaftslehre ist sowohl durch ihr theoretisches Ökonomieverständnis als auch durch ihre ideologische Verklammerung mit dem Status quo ungeeignet, sich mit dem laufenden Formationswandel des Industriekapitalismus sachgerecht auseinanderzusetzen. Deshalb wird sich in den nächsten Jahrzehnten ein Paradigmenwechsel im ökonomischen Denken vollziehen (müssen), und die Frage, wie lässt sich ein wachstumsloser Zustand wohlstandsförderlich gestalten, erhält einen hohen Stellenwert im ökonomischen Denken. Gewiss bedarf es spekulativer Vermutungen, sich einen künftigen Zustand zu imaginieren, und sie erregen den Verdacht, es werde normativ argumentiert – im Sinn positiver oder negativer Utopien. Das ist hier nicht beabsichtigt, sondern es geht um den Versuch, positivistisch darzulegen, wie ein Kapitalismus ohne Wachstum funktionieren könnte. Bereits im Vorwort wurde kurz angekündigt, dass der Zusammenbruchsthese mit dem Argument widersprochen wird, dass ein Kapitalismus ohne Wachstum eine realisierbare Möglichkeit darstellt. Daraus ergibt sich die Erwartung, dass mit dem Ende von Akkumulation und Wachstum keineswegs auch das Ende des Kapitalismus schlechthin eintreten muss, sondern im Gegenteil dürfte ein Kapitalismus ohne Wachstum, also eine *neofeudalistische Formation*, von allen denkbaren nachindustriellen Systemzuständen die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit aufweisen.

Ein »Ende der Geschichte« wird es naturgemäß auch mit dem Kapitalismus ohne Wachstum nicht geben. Vielmehr könnte er zur Vorstufe einer nachkapitalistischen Gesellschaft werden. Das wird im nächsten Kapitel erörtert, aber vorerst bleibt das wegen der äußerst plausibel erscheinenden Zukunftsnahe einer kapitalistischen Formation ohne Akkumulation außer Betracht.

### 3.1 Die zeitverzögerte Realitätswahrnehmung und die Kosten leerlaufenden Wachstumsvoluntarismus

Die altindustrialisierten Länder befinden sich seit ungefähr drei Jahrzehnten in der Übergangsphase zwischen der auslaufenden industriekapitalistischen Akkumulation und einem nachindustriellen Zustand. Die Ursachen für diesen tiefgreifenden Wandel wurden im vorhergehenden Kapitel dargelegt. Politik und die in starkem Maße der betriebswirtschaftlichen Denkweise verpflichtete Mehrheit der Ökonomen sind viel zu stark in die Status-quo-Reproduktion verwoben, um die endogene Selbsttransformation der industriekapitalistischen Akkumulation als das zu erkennen, was sie ist – ein gesetzmäßiges, prinzipiell irreversibles Geschehen. Die unübersehbaren Stagnationssymptome, nicht zuletzt die dauerhafte Massenarbeitslosigkeit in den reichen, westkapitalistischen Gesellschaften, finden eifrige Kommentierungen, ohne dass die tatsächlichen Ursachen in der breiten Öffentlichkeit zu Sprache kommen. Die Masse der angebotenen Erklärungsversuche und Handlungsempfehlungen zeugt von Unklarheit und Verwirrung, und die wenigen realitätsgerechten Einsichten und Reformvorschläge ertrinken in dieser Flut sich oftmals widersprechender Meinungsäußerungen. Das Wahrnehmungsproblem ist sozusagen ein Systemproblem und stabilisiert die Status-quo-Akzeptanz. Dadurch werden die kontraproduktiven Effekte des Reformwiderstands potenziert. Die Analogie zu den umweltpolitischen Anpassungsverzögerungen ist offensichtlich.

Das zentrale Erfordernis einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik ist seit den nationalökonomischen Klassikern bekannt und von Keynes realitätsgerecht gelöst worden: durch die nachfragewirksame Umsetzung der freiwilligen Ersparnis. Es gibt Alternativen zur profitwirtschaftlichen Akkumulation, um die Vollbeschäftigungsersparnis sinnvoll zu verwenden. Wie bereits mehrmals herausgestellt, bietet sich vor allem die Beseitigung des gewachsenen Angebotsdefizits an materiellen und immateriellen öffentlichen Gütern an. Insbesondere wird die Bewältigung der umweltpolitischen Aufgaben in erheblichem Umfang und für eine relativ lange Zeit Ersparnisse aufnehmen können. Hiermit ließen sich Vollbeschäftigung und *temporär* Wachstum herbeiführen. Es geht gerade nicht um die Rückkehr zur alten Wachstumsdynamik, die auf kapazitätserweiternden Investitionen, eben der traditionellen Akkumulation, basierte, sondern um ökologische Sanierungsmaßnahmen, um Substitution von umweltschädlicher durch umweltschonende Produk-

tion und dergleichen auf *Bestandserhalt* und nicht auf Erweiterung gerichtete Aktivitäten. Das wird im Abschnitt zum »Grünen Wachstum« ausführlich erörtert werden.

Die Verwendung der Überschussersparnis auf Vollbeschäftigungsniveau für öffentliche Aufgaben mag normativ gesehen allen anderen Möglichkeiten vorgezogen werden, ist aber nur eine von vielen Optionen. Grundsätzlich kann jede Art der Sachvermögensbildung Ersparnisse aufsaugen. Der Kauf eines Goldbarrens, die Anlage eines privaten Swimmingpools, die Errichtung eines Heimatmuseums oder eines Denkmals usw. bedeutet nachfragewirksame Verwendung von Ersparnissen, aber keine Akkumulation; es entstehen keine neuen Produktionskapazitäten, die zu ihrer Auslastung auf BIP-Wachstum angewiesen sind. Ein Ende der *makroökonomischen* Akkumulation bedeutet nicht, dass auch *alle* Unternehmen stagnieren. Im Gegenteil wird der Wettbewerb um Marktanteile wahrscheinlich intensiviert, sodass es wie bisher wachsende, schrumpfende und stagnierende Unternehmen geben wird.

Die Wahrnehmungsblockade gegenüber der laufenden Übergangsphase des Industriekapitalismus und ihren Ursachen treibt die Krisenkosten in die Höhe. Die Arbeitslosigkeit korrespondiert sowohl mit vermeidbarer Kapitalvernichtung infolge von Pleiten, als auch damit, dass die maximal mögliche Profitmasse der Gesamtwirtschaft geringer ausfällt als bei Vollbeschäftigung. Der Reproduktionsmechanismus der industriekapitalistischen Produktionsverhältnisse funktioniert eben gerade nicht im Interesse *aller* Einzelkapitale. Die ideologische Verbrämungsrhetorik solcher Schädigungen als Ergebnis von »Reinigungskrisen« und als innovationsträchtige »schöpferischen Zerstörung« ändert nichts an der Tatsache, dass es sich um Wohlstandsverluste, um Opfer von Mensch und Material handelt. Im Unterschied zu den Zeiten, als der Akkumulationsprozess nach einer zyklischen Krise wieder in Schwung kam oder mithilfe staatlicher Defizitpolitik auf ein Niveau gebracht werden konnte, das ein beachtenswertes Beschäftigungswachstum aufwies, gelingt es selbst den wenigen Exportüberschussländern des nordatlantischen Kapitalismus nicht mehr, ihr Arbeitsvolumen, also die jährlich geleisteten Arbeitsstunden der Volkswirtschaft, auch nur bis in die Nähe des Vollbeschäftigungsniveaus zu bringen. Der Versuch, binnenwirtschaftliche Wachstums- und Beschäftigungsschwächen durch Steigerung des Exportüberschusses zu überspielen, misslingt und lässt sich ohnehin nicht längere Zeit durchhalten. Denn welche Handelspartner sollten ständig Leistungsbilanzdefizite hinnehmen wollen und kön-

nen? Ihre Außenverschuldung wird sie in den Bankrott treiben. Und die so genannte Lohnzurückhaltung in den Exportindustrien »lohnt« sich auch nur vorübergehend, solange die Verschiebung der Stagnationswirkungen über die nationalen Grenzen hinweg partiell und temporär Erfolg hat.<sup>64</sup> Was mit den Exportchampions und ihren Beschäftigten passieren kann, wenn selbst vermeintlich sichere Absatzmärkte in bisher relativ wachstumsstarken Schwellenländern schrumpfen, signalisieren die Veränderungen der Handelsbeziehungen mit Russland und China.

Die hinschleichende Akkumulationskrise bescherte dem europäischen Integrationsprozess die schwere politische Krise, in der inner-europäische Frontstellungen entstanden. Die sozialökonomischen Instabilitäten können nicht auf die südeuropäischen Mitgliedsländer der EU beschränkt werden; sie werden sich über deren Grenzen ausbreiten. Der Krisendruck wird schließlich Einsicht und Reformbereitschaft erzwingen – so ist zu hoffen; und dann bietet es sich an, zur Vollbeschäftigungspolitik nach Maßgabe der keynesschen Stagnationsvorhersage zurückzukehren. Es sei nochmals an die drei beschäftigungspolitischen Empfehlungen erinnert, die Keynes seiner Stagnationsprognose von 1943 beigefügt hatte: 1. gleichmäßigere Kaufkraft- bzw. Einkommensverteilung, um die gesamtwirtschaftliche Konsumquote zu erhöhen und »sinnvollen« Konsum zu steigern; 2. Ausweitung des Angebots öffentlicher Güter und Infrastrukturinvestitionen, was eine dauerhafte Erhöhung des Staatsanteils am BIP erfordert; 3. Arbeitszeitverkürzung nach Maßgabe des Produktivitätsfortschritts und zur Beseitigung eines Überangebots an Arbeitskraft. Keynes hatte erkannt, dass die »gesetzmäßig« eintretende Investitionssättigung und der Wachstumsrückgang nicht mit Wachstumsvoluntarismus und Wiederbelebungsstricks behoben werden könnten.

Die gegenwärtige Lage des hoch entwickelten Kapitalismus erscheint paradox: Er befindet sich in der Übergangsphase zu einer nachindustriellen Formation, zur dauerhaften Stagnation, aber gerade *die* Wirtschaftstheorie, die die Situation zutreffend erklärt und der Politik helfen kann, wieder zum Vollbeschäftigungsniveau zurück zu führen, wird scheel angesehen – gemäß dem altgedienten Irrtum, was nicht sein darf, auch nicht sein kann. Wachstumsschwäche wurde zu einem Angsterreger gemacht, obgleich die große Mehrheit ein sicheres konstantes, einem steigenden, aber unsicheren Einkommen vorzieht. Die

<sup>64</sup> Vgl. hierzu die luziden Bemerkungen von Wendl, 2015, S. 47-51.

simplen Fragen, ob es denn einen wesentlichen Unterschied zwischen völliger Stagnation, also einer Wachstumsrate von Null, und den als große Erfolge präsentierten Wachstumsraten zwischen ein und zwei Prozent gibt, und was denn überhaupt (noch) wächst, werden nicht gestellt. Der Aufstieg aus bitterer Armut auf ein mäßiges Wohlstandsniveau, wie es einige Hunderte von Millionen Chinesen erleben, bedeutet weit mehr als eine *quantitative* Einkommenssteigerung; es handelt sich um einen *qualitativen* Sprung. Eine reiche Volkswirtschaft erfährt von weiterem Wachstum keine, zumindest keine merkliche Wohlstandssteigerung. Auch die ökologischen Wachstumskosten sind entsprechend unterschiedlich zu bewerten: Armutsbeseitigung rechtfertigt die Hinnahme von Umweltbelastungen in weitaus höherem Maße als das Quäntchen zusätzlichen Einkommens, das vorhandenem materiellem Wohlstand noch hinzugefügt wird.

### 3.2 Was wächst denn überhaupt noch und warum?

Wachstum kommt den einzelnen Bevölkerungsschichten ganz unterschiedlich zugute. Das steht sogar ab und zu in der Zeitung. Präzisiert wird diese Feststellung durch Daten zur Einkommensverteilung. Beispielsweise stiegen die Einkommen der obersten zehn Prozent der deutschen Verteilungspyramide seit Ende der 1990er Jahre überproportional zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum; die große Mittelschicht hielt in etwa ihr reales Einkommensniveau, und im unteren Bereich sind die Realeinkommen gesunken.<sup>65</sup> In anderen Ländern fallen die Aufstiegs- und Abstiegsbewegungen noch viel krasser aus. Generell lässt die zunehmende Verteilungsungleichheit vermuten, dass der Luxuskonsum steigt und der Verbrauch anderer Gütergruppen stagniert oder sinkt. Die Vermutung kann falsch sein, aber wenn das Bruttoinlandsprodukt gewachsen ist, dürften auch irgendwelche Güter vermehrt produziert und verbraucht worden sein, auch wenn inzwischen Beiträge zum statistischen »Wachstum« ausgewiesen werden, die ohne Wertschöpfung zustande kommen. Ob mehr Sozialwohnungen oder mehr

<sup>65</sup> »Wenn man sich nur die Lohnentwicklung anschaut, stellt man sogar fest, dass es seit Mitte der 1980er Jahre praktisch keine Steigerung bei den preisbereinigten mittleren Verdiensten mehr gab.« So der Verteilungsforscher Markus Grabka vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin in einem Interview: »Obdachlose gelten nicht unbedingt als arm«, in: Frankfurter Rundschau, Jg. 71, Nr. 152, 4./5.6.2015, S. 14f.

beheizte Swimmingpools gebaut wurden, oder ob aus Geld ohne zwischengeschaltete Produktion mehr Geld mittels Finanzspekulation gemacht wurde,<sup>66</sup> lässt sich den medial verbreiteten Wachstumsberichten meistens nicht entnehmen.

In der jüngeren Wachstumsdebatte sind Wachstumsbefürworter bemüht, ihre Position mit der irreführenden Unterscheidung zwischen »quantitativem« und »qualitativem« Wachstum zu stützen. Sie plädieren für das »qualitative« und distanzieren sich vom »bloß quantitativen« Wachstum. Doch jede Art von Wachstum hat irgendeine Qualität. Ob die Produktion von Butter oder Kanonen wächst, ergibt gleichermaßen quantitatives Wachstum bei verschiedener Qualität. Ohne *Spezifizierung* der Qualität bleibt jene Gegenüberstellung von qualitativem und quantitativem Wachstum Wortgeklänge ohne Informationsgehalt. Logisch bedeutet die Unterscheidung zwischen »gutem« und »schlechtem« Wachstum immerhin, dass jede Wachstumsbeurteilung werturteilsabhängig ist. Weiterhin lässt sich dann auch analog fragen, was »besser« ist: BIP-Wachstum oder umweltentlastende Stagnation? Kapitalismus mit oder ohne Wachstum? In der profitgesteuerten Wirtschaft wird die Qualität des Wachstums durch die profitabelsten Wirtschaftsaktivitäten bestimmt. Wenn die Butterproduktion weniger Gewinn abwirft als die Rüstungsproduktion, wenn überdimensionierte Pkw der so genannten »Premium-Klasse« den Herstellern mehr Gewinn einbringen als die auf den Gebrauchswert beschränkten Fahrzeuge,<sup>67</sup> wenn

<sup>66</sup> Beispiel: »Die Deutsche Börse AG in Frankfurt, genauer in Eschborn vor den Toren der Stadt, wohin sie sich wegen der geringeren Gewerbesteuer verzogen hat, verdient sprichwörtlich Geld durch Nichtstun.« (Das »Warum« würde hier ein zu langes Zitat erfordern.) Siehe Handon, 2015, S. 228.

<sup>67</sup> Die Keynesche Unterscheidung zwischen absoluten und relativen Bedürfnissen (Keynes, 1930) liefert auch Unterscheidungskriterien für die Gegenüberstellung von »Gebrauchswert« und »Prestigewert« eines Gutes. Der Gebrauchswert wird sich in der Regel nach *objektiven* Gegebenheiten bemessen lassen – beispielsweise wird bei fehlenden Transportalternativen ein Kfz unverzichtbar sein, um den Arbeitsplatz zu erreichen. Der Prestigewert, auf den gegebenenfalls ohne schmerzliche Konsequenzen verzichtet werden kann, wird infolge subjektiver, psychologischer Einstellungen, wie immer sie im Sozialisationsprozess auch eingegeben wurden, erstrebt. Bekanntlich übertrifft der Preisanteil des Prestigewertes bei vielen Gütern, insbesondere auch bei Personenwagen, bei weitem den Preisanteil des Gebrauchswertes. Gebrauchswerttüchtige Pkw gibt es zwischen 10.000 und maximal 25.000 Euro, aber ein relativ großer Teil der deutschen Neuzulassungen liegt in höheren Preisklassen. Sicherlich spielen hierbei auch der Spiel- und Spaßeffect und die »Freiheit« eine Rolle, dass es auf deutschen Autobahnen keine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung gibt. Das alles lässt sich jedoch nicht dem Gebrauchswertmotiv zuordnen.



umweltbelastender Ferntourismus den Reiseveranstaltern mehr Erträge verschafft als die bescheideneren, aber vielleicht sogar erholsameren Ferien am Strand oder in den Bergen des eigenen oder benachbarten Landes, kommt die profitablere Wachstumsvariante zum Zug unbeachtet ihrer negativen externen Effekte. In einer leidlich funktionierenden Marktwirtschaft folgt die Produktion von Sachgütern und Dienstleistungen der Endnachfrage, letztlich den Konsumentenwünschen – mögen sie intrinsisch oder extrinsisch motiviert worden sein. Die qualitative Zusammensetzung der Konsumnachfrage wird wesentlich durch die Einkommens- bzw. Kaufkraftverteilung bestimmt. Haushalte mit kärglichem Einkommen streichen die Butter dünn, und den Begüterten sind Kaviar und Kunst aus der höheren Preisklasse nicht unerreichbar. Die Wachstumsqualität spiegelt somit die Verteilungsstruktur wider. Von »qualitativem« Wachstum zu reden, ohne die Verteilungsfrage explizit zu erörtern, ist ideologischer Opportunismus oder politökonomischer Unbedarftheit geschuldet, und beide treten auch schon mal komplementär auf.

Über die Qualität des Wachstums wird seltenst informiert; nur die Quantität, der Prozentsatz, zählt. Die Gewöhnung an diese defizitäre Informationspraxis geht einher mit der unsinnigen Behauptung, ohne Wachstum gäbe es keine Beschäftigung, und deshalb erscheint *jedwedes* Wachstum wünschenswert – ob mit vielen, wenigen oder gar keinen Umweltbelastungen.

Die ökologischen Folgen des industriellen Wachstums gehörten lange Zeit nicht zu den »großen« Themen der Wirtschaftswissenschaft. Ausnahmen bestätigen die Regel. Der schwedische Wirtschaftstheoretiker Knut Wicksell (1851-1926), eine Berühmtheit unter seinen Fachgenossen, gehört zu den Ausnahmen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verdeutlichte er das Problem zunehmenden Umwelt- und Ressourcenverbrauchs mit einem anschaulichen Bild: Die Menschheit schöpft aus einer Schüssel voll nahrhaften Haferbreis, der zwar nicht vermehrbar ist, aber es werden einfach immer mehr Löffel produziert, wenn die Bevölkerung wächst.<sup>68</sup> Der Brei in der Schüssel wird weniger, aber es kommt nichts nach – und irgendwann haben auch alle einen Löffel. Was soll dann noch wachsen? Die Löffelproduktion könnte innovativ umgestaltet werden. Die alten Löffel würden in dem Fall als »nicht mehr zeitgerecht« diskriminiert und alle, die sich dieser Meinung anschlie-

<sup>68</sup> Vgl. Wicksell, 1958, S. 58-74.

ßen, kaufen neue, vermutlich größere Löffel. Das wäre wohl auch »qualitatives Wachstum«, aber nicht die Lösung des Verteilungs- und Ressourcenproblems. Wer für »qualitatives« Wachstum plädiert und damit ausdrücken möchte, dass es um ein anderes als das bisherige, profitgesteuerte Wachstum ginge – beispielsweise um »grünes Wachstum« –, müsste auch klarlegen, *was* genau denn künftig wachsen soll bzw. darf, also welche Güter bzw. Gütergruppen, und ob das mit den bestehenden Verteilungsverhältnissen von Einkommen und Vermögen vereinbar ist; und wenn nicht, sollte dargelegt werden, dass die verteilungsbedingten Umweltschädigungen und Ressourcenverbräuche nur durch eine weitreichende Veränderung der Verteilungsverhältnisse vermindert werden könnten. Oder ist mit »qualitativem Wachstum« gemeint, dass der profitgesteuerte Wachstumsprozess weiterlaufen soll, nur *zusätzlich* noch Wachstum zugunsten der Schadensbeseitigung draufgesattelt wird? Das liefe darauf hinaus, eine »andere« Qualität dadurch zu schaffen, dass der alten Quantität noch eine »grüne« Quantität hinzugefügt wird. Die alte Dreckschleuder fährt weiter, aber ein neues Geschwisterchen fährt sauber. Im Durchschnitt scheint die Welt besser geworden zu sein; spricht: der »Flottenverbrauch« einer Kfz-Marke wurde gesenkt. Doch offenbar trägt da der Schein wieder mal.

### 3.3 Kapitalismus ohne Wachstum – nicht völlig anders als gewohnt

Die groben Konturen eines Kapitalismus ohne Wachstum dürften sich in den vorhergehenden Kapiteln bereits abgezeichnet haben. Vor allem sind die Alternativen zur bisherigen Verwendungsabhängigkeit der Ersparnis von der profitwirtschaftlichen Akkumulation hervorzuheben. Geringes oder ganz ausbleibendes Wachstum, gar eine Schrumpfung des BIP, haben den Fortbestand des Kapitalismus in der Vergangenheit nicht prinzipiell gefährdet. Die große Masse des Gesamtkapitals überdauerte stets den mehr oder weniger brutal verlaufenden Untergang von Einzelkapitalen und ging aus den Krisen meist gestärkt hervor. Der Kapitalismus – nicht der Industriekapitalismus – wird auch ohne Akkumulation und Wachstum auskommen können. Konkurrenz und marktwirtschaftliche Allokation sind nicht auf Wachstum und Akkumulation angewiesen. Profite bzw. der Mehrwert müssen nicht reinvestiert werden. Es gibt andere Optionen, und einige der aus der vorindustriellen Zeit überkommenen sind nicht die schlechtesten. Wie sinnvoll der Mehr-

wert verwendet werden kann, ohne ihn noch mehr seiner Art hecken zu lassen, zeigt beispielhaft das »Städel-Modell«,<sup>69</sup> um nur eines von vielen vergleichbaren »Anlagemöglichkeiten« in ästhetisch und moralisch wertvolle Projekte zu erwähnen, die dem Stifter oder der Stifterin zwar keinen Profit, dafür umso mehr soziale Anerkennung oder gar Ruhm eintragen.

Die Neuorientierung der Beschäftigungspolitik nach dem durchaus alten Kombinationsmodell aus einkommenspolitischer Konsumstimulierung und Kanalisierung der Ersparnis in Richtung wohlstandswirksamer, aber nicht mehr profitorientierter Realvermögensbildung (Stichworte: ökologische Sanierung und Regeneration, Infrastrukturen, bessere Raum- und Geräteausstattung in den gemeinnützigen Dienstleistungsproduktionen) wird Vollbeschäftigung zurückbringen und dauerhaft gewährleisten.

Das Ende der profitwirtschaftlichen Akkumulation leitet zu einer Formation über, die Ähnlichkeit mit der einfachen Reproduktion aufweist, was weiter oben im Text als nachindustrieller Neofeudalismus bezeichnet wurde. Es kommt aber zu keinem Rückfall in eine stationäre Wirtschaft, denn der Neofeudalismus übernimmt einen über zwei Jahrhunderte angewachsenen industriellen Kapitalstock, und die Ersatzinvestitionen werden ihn weiterhin modernisieren und den Innovationsprozess fortführen. Für das immaterielle wissenschaftlich-technische Leistungspotenzial, das so genannte Humankapital, bieten sich vielmehr bessere Möglichkeiten zur *qualitativen* Erweiterung. Denn für Bildung, Forschung und Entwicklung können zusätzliche Ressourcen verfügbar gemacht werden, die nicht mehr von der Sachkapitalakkumulation beansprucht werden. Es wäre zumindest möglich, den Innovationsprozess nochmals zu beschleunigen, womit noch nichts über die Richtung und Art der Innovationen gesagt ist. Ihre profitwirtschaftliche Ausrichtung tritt im Kapitalismus ohne Wachstum zurück, weil Innovationen nicht mehr vorrangig auf Expansion ausgerichtet werden. Der Neofeudalismus stellt also keinen stationären Zustand dar, sondern er leitet zu einer anderen sozialökonomischen Entwicklungsqualität über. Das mag als semi-stationäre Wirtschaft charakterisiert werden, weil das BIP-Wachstum ausläuft, aber dadurch werden Wohlstandsbereiche er-

<sup>69</sup> Der recht wohlhabende Frankfurter Bankier Johann Friedrich Städel (1728-1816) stiftete testamentarisch den Grundstock des weltweit bekannt gewordenen Städelschen Kunstinstituts und Museums (1817 in Städel's Privathaus eingerichtet und 1878 in ein neues Gebäude am Schaumainkai umgezogen).

schlossen (etwa mehr freie Zeit), die keinem Wachstumsbefehl mehr gehorchen müssen.

Der Rationalisierungsprozess wird die Arbeitsproduktivität auch weiterhin steigen lassen. Einsparung von Arbeit und der damit zu erwartende Fortfall von Arbeitsplätzen, also die als »technologische Arbeitslosigkeit« gefürchtete Folge des produktivitätswirksamen technischen Fortschritts, wird nicht mehr durch Wachstum kompensiert, was auch gegenwärtig kaum noch gelingt, sondern Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen gewährleistet die Beschäftigungssicherheit. Rationalisierungserfolge bei anderen Kostenkomponenten, insbesondere Energie, Materialverbrauch, Grundstoffe usw. schlagen sich auf den Vorproduktstufen ebenfalls in sinkendem Arbeitskräftebedarf nieder und erweitern den Spielraum für arbeitszeitpolitische Innovationen. Wenn das Arbeitskräfteangebot demografisch bedingt sinkt, sind Produktivitätssteigerungen sogar dringend geboten. Der Rationalisierungsprozess bleibt dann beschäftigungsneutral. Auf mittlere Sicht könnte sich die Rede von drohendem Arbeitskräftemangel ohnehin als voreilig herausstellen. Denn die demografisch schrumpfenden Gesellschaften ziehen magnetartig Zuwanderer an und werden das aktuell so brisant erscheinende Integrationsproblem lösen.

### **3.4 Was tun mit der Ersparnis? Neue Lösungen für das alte Problem**

Das Ende der profitwirtschaftlichen Akkumulation resultiert weder aus einem bewussten Willensakt, noch aus der Aggregation individueller Wunschvorstellungen über eine bessere Gesellschaft. Der Akkumulationsprozess läuft aus, weil sich die Reinvestition von Profit nicht mehr rentiert und deshalb auch kaum noch Investitionskredite benötigt werden. Wider ihren Wunsch und Willen werden Unternehmen durch die industriekapitalistischen Bewegungsgesetze gezwungen, die Akkumulation auslaufen zu lassen. Marx' Diktum »Mehrwert heckt Mehrwert« mag noch die Absicht, aber nicht mehr die Realität treffen.

Ohne Profit versiegt die Zinsquelle für Ersparnisse – mit gewissen Ausnahmen, die noch betrachtet werden. Das wird weitreichende Umstrukturierungen und Anpassungen des Finanzsektors erzwingen. Die Verwaltung und die Weiterleitung der Ersparnisse werden neu organisiert, und dem staatlichen Einfluss kommt dabei größeres Gewicht zu.

Denkbar sind etwa die Übernahme und die Verwendung von Ersparnissen durch eine staatliche Finanzagentur. Sie garantiert den Einlegern absolute Sicherheit (etwa vor Spekulationsverlusten) sowie sofortige Verfügbarkeit und verschafft den öffentlichen Händen zinsgünstig Finanzmittel. Zinsen für Produktivkredite entfallen, weil kaum noch Produktivkredite benötigt werden. Soweit noch irgendwelche Zinsen gezahlt werden, müssen sie aus anderen Einkommensquellen fließen – etwa aus Arbeitseinkommen im Fall von Konsumkrediten. Der Kapitalismus ohne Wachstum tendiert zur völligen Abschaffung des Kredit- und Habenzinses, und damit dürfte den Sparern die Illusion genommen werden, der Zins und Zinseszins wären die Belohnung für ihre Sparsamkeit. Der Fortfall der Rendite aus Ersparnissen wird eine Einstellungsänderung der Sparer erfordern, die jedoch nicht mehr als eine Anpassung von Gewohnheiten bedeutet. Die verbreitete Vorstellung, der Habenzins wäre eine Art Warte- oder Verzichtsprämie, um potenzielle Sparer vom sofortigen Konsum ihres laufenden Einkommens abzuhalten, gehörte schon immer ins Märchenbuch. Gespart wird vorrangig der Vor-Sorge für die Zukunft halber und dann kommen weitere Motive hinzu – bis zum geächteten Geiz.<sup>70</sup> Es bedarf jedenfalls keines Zinsanreizes, um zu sparen. Bekanntlich wurden Einlagen auf Girokonten schon in der Vergangenheit nicht verzinst, sondern mit Gebühren belastet. Inzwischen berechnen einige Banken für relativ hohe Einlagen Negativzinsen, was als Gebühr für die sichere Aufbewahrung großer Geldbeträge interpretiert werden kann. Seitdem Geldkapital keine Knappheitsrente mehr einträgt, ging jenem Märchen vom Habenzins als Verzichtsprämie die ohnehin nur scheinbare empirische Bestätigung völlig verloren. Gespart wird trotz Nullzins und trotz Negativrendite von Staatsanleihen, weil Ersparnisbildung eben ein Bedürfnis per se befriedigt, das grundsätzlich unabhängig von der Zinserwartung besteht. Vorsorgeverhalten ist eine anthropologische Gegebenheit, und nur Formen und Ausmaß variieren umweltabhängig.

Die Geschichte der Banken, Börsen und Versicherungen reicht weit in die vorindustrielle Epoche zurück. Doch graue Kapitalmärkte, Investmentbanking, Private Equity, Off-Shore-Geschäfte, Steueroasen, Geldwäschanstalten usw. sind jüngeren Datums, und das gilt auch für die undurchschaubaren »innovativen Finanzprodukte«, mit denen die Wenigen Millionen machen und die Vielen noch mehr verlieren. Der

<sup>70</sup> Vgl. Fußnote 37.

steile Aufstieg der Finanzindustrie verlief, wie erwähnt, komplementär zur industriekapitalistischen Akkumulation. Von der gestärkten Position aus wurde es den Finanzinstitutionen möglich, jene ökonomische und politische Machtstellung aufzubauen, die den Finanzkapitalismus als eigenständigen Wirtschaftssektor neben und inzwischen über die Realwirtschaft stellte. Der Finanzsektor ist über seine ursprüngliche, realwirtschaftliche Hilfsfunktion weit hinausgewachsen. Das volkswirtschaftliche Nutztier mutierte zu einem Schädling. Der Fairness halber sei nicht verschwiegen, dass zum Finanzsektor auch noch traditionelle Institute gehören, die das »konservative« Bank- oder Versicherungsgeschäft betreiben – jedenfalls in der Hauptsache – und nicht an den Finanzskandalen der »Global Players« beteiligt waren.

Mit dem Schwinden der auf Erweiterung der Produktionskapazität gerichteten Nettoinvestition wird, wie gesagt, auch der Bedarf für Produktivkredit sinken und schließlich fortfallen. Denn sowohl die Modernisierung als auch eine einzelwirtschaftliche Kapazitätsaufstockung können aus den Abschreibungen finanziert werden. Einen Sonderfall bilden jedoch Gründerdarlehen in umfassendem Sinn, d.h. Risikokapital (venture capital), das der Finanzierung von Jungunternehmern, von Innovationsvorhaben natürlicher Personen, des Auf- und Ausbaus von neuen Kleinbetrieben usw. dient. Hierbei geht es um Mobilisierung und Unterstützung kreativer Potenziale in Konkurrenz zu etablierten Unternehmen.

Die *unproduktiven* Kredite wie Konsum- und Ratenkredit, Privatleasingkredite und dergleichen werden nach wie vor nachgefragt und vergeben werden. Dazu wird keine (gesamtwirtschaftliche) Kreditschöpfung erforderlich sein, sondern es handelt sich um Übertragungskredit, d.h. die Weiterleitung von Ersparnissen. Gleiches gilt für die Hypotheken der Häuslebauer: Die heutigen Sparer ermöglichen jenen die Finanzierung des Immobilienerwerbs und die Schulden werden von den Schuldern später durch »Konsumverzicht« beglichen. Die eigentlichen Sollzinsen, die nicht den Risikoaufschlag und die Kosten der Kreditbearbeitung umfassen, richten sich wie schon immer nach Angebot und Nachfrage, indizieren also die relative Knappheit auf *diesem* Markt.

Unter Stagnationsbedingungen könnte das Nullzinsniveau zur Norm werden, was sich heute bereits abzeichnet. Ein Risikoaufschlag wird bleiben, aber relativ niedrig ausfallen, weil und wenn die Kasinoökonomie geschlossen wurde. Nullzins ist Gewöhnungssache, und moralisch sogar geboten, lehrte nicht nur Aristoteles. Das Spekulationsbedürfnis



kann in Spielbanken, beim Lotto und in bescheidenerem Ausmaß auch noch an der Börse befriedigt werden, aber die Schalter der finanzkapitalistischen Spekulationsindustrie werden geschlossen. Der Finanzsektor schrumpft wieder auf die Dimension, die seiner ursprünglichen, rein realwirtschaftlichen Komplementärfunktion entspricht.

### 3.5 Grünes Wachstum – aber welches?

Das Schlagwort »grünes Wachstum« verrät nicht, was genau gemeint ist, sondern bestenfalls nur, dass etwas wachsen soll, was als ökologisch nützlich und sinnvoll deklariert wird. Im rein metaphorischen Sinn könnte »grünes Wachstum« bedeuten, dass sich Lebensweise und vor allem Verbrauchsgewohnheiten zugunsten von Umweltschutz, Umwelterhaltung, Umweltsanierung usw. ändern, und dabei »wächst« sozusagen die Grünfärbung von Wirtschaft, Gesellschaft und individuellem Konsumverhalten, aber das BIP-Wachstum sinkt ceteris paribus. Angenommen ein Großteil der Konsumenten würde nur noch Kleidung kaufen, die sie tatsächlich benötigen, sich vom Wegwerf- und Verschleißkonsum verabschieden, und technische Produkte würden nach Kriterien wie nüchtern bestimmter Gebrauchswert, Lebensdauer, Reparaturfähigkeit, Folgekosten etc. vor dem Erwerb beurteilt und so lange wie zweckgerecht möglich verwendet, dann bewirkte »grünes Wachstum« eine BIP-Schrumpfung. Komplementär zu dieser Art Weltbegründung wäre geboten, konsequent gegen geplanten Verschleiß, gegen Neukaufzwang infolge nicht mehr lieferbarer Ersatzteile und überzogener Wartungs- und Reparaturkosten usw. vorzugehen. Auf eine Kurzformel gebracht: weniger von allem, wo es geht.

Wem solche Vorstellungen Angst einflößen, erhält die Note »sehr gut« im Fach systemkonformes Empfinden. Es fällt nicht schwer zu erkennen, dass die gerade skizzierte »grüne« Neuausrichtung auf den breiten Widerstand aller Wachstumsanhänger trifft. Deshalb erscheinen andere Versionen grünen Wachstums systemverträglicher, und sie zu propagieren ist opportuner. Grünes Wachstum, sofern es sich nicht auf die Forderung »von allem weniger« beschränken lässt, beansprucht Ressourcen. Bisher gelang es nicht, das ungenutzte Leistungspotenzial der Volkswirtschaften für grünes Wachstum einzusetzen, also beispielsweise Arbeitslose im Umweltschutz zu beschäftigen – zu normalen Arbeitsbedingungen, versteht sich. Von den Ersparnissen, die beim

Vollbeschäftigungsniveau verfügbar wären, ließen sich grüne Projekte alimentieren, ohne die Ressourcen woanders abzuziehen. Offenbar sind das existierende Wirtschaftssystem und sein wirtschaftspolitisches Management ungeeignet oder abgeneigt, die vorhandenen Produktionsreserven für grüne Projekte zu mobilisieren. Der Marktradikalismus versteht sich nicht als Mäzen von Umweltschutz und Umweltregenerierung, sondern klebt lieber grüne Etiketten auf Wegwerfware. Grünes Wachstum im Dienste des Status quo mag gut für die politische Karriere seiner Propagandisten sein, aber das vielfältige Angebot aus dem grünen Wachstumskatalog wird ohne staatliche Interventionen unverkäuflich bleiben, und ein neoliberal verschlankter Staat wird dazu tendieren (müssen), grüne Projekte dem profitwirtschaftlichen Rentabilitätsurteil zu unterwerfen.

Was könnte grünes Wachstum leisten?

a) *Die Zunahme ökologischer Schäden verhindern oder wenigstens abbrem sen.* Das wurde auch bisher schon praktiziert, wenn beispielsweise Filtertechniken vorgeschrieben wurden. Das erlahmende Wachstum herkömmlicher Art wird also durch gesetzlich erzwungene Berücksichtigung ökologischer Belange und Ergänzung durch ökologische Projekte umweltfreundlicher. Die Produktionskosten und die Endverbraucherpreise steigen zwar wegen der ökologischen Auflagen, aber als Gegenwert gibt es bessere Luft und saubere Flüsse. Preissteigerungen mögen in Fällen sehr preiselastischer Nachfrage zu Verbrauchseinschränkungen führen, aber insgesamt bringt diese ökologisch bedingte Kostensteigerung mehr Nachfrage, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung, allerdings auch zusätzliche Umweltbelastungen – zumindest für eine gewisse Zeit. Denn Filteranlagen müssen produziert werden, was Material und Energie erfordert, und soweit keine freien Produktionskapazitäten vorhanden sind, wird in neue investiert. Die Produktionsausweitung zugunsten des Umweltschutzes trägt zum BIP-Wachstum bei; dadurch steigen noch einmal die Umweltbelastungen, aber der Nutzen dürfte die Kosten rechtfertigen.

b) *Substitution ökologisch belastender Produktion durch grüne Technik.* Prinzipiell handelt es sich um den gleichen Ansatz, wie er unter Ziffer a) beschrieben wurde, nur in weit größerer Dimension. Das Paradebeispiel liefert die Energiewende. »Dreckig« wird durch »sauber« ersetzt. Es werden also nicht bloß – wie unter Ziff. a) beschrieben – Umweltbelastungen durch Nachrüstung vorhandener Produktionsanlagen reduziert, sondern eine gesamte bisherige Produktionstechnik



wird ausgetauscht. Wenn und weil alte Anlagen (fossile Energieproduktion) abgeschrieben und die neuen errichtet werden, fallen erhebliche Umstellungskosten an: Abschreibung, Stilllegung einerseits und Aufbau regenerativer Energieanlagen andererseits. Diesen immensen Kostenblock tragen letztlich die Verbraucher bzw. die Steuerzahler. Der Wachstumsbeitrag ist beachtlich, so auch der Material- und Energieverbrauch sowie die daraus resultierenden Umweltbelastungen – auf Zeit. Die Kurzformel könnte lauten: Heute noch einmal mehr Wachstum und ökologische Schädigungen, aber ab übermorgen umweltverträglichere Produktionstechnik. Die Substitution der herkömmlichen Kraftwerke durch erneuerbare Energieproduktion bringt zwar während der Umstellungsphase Wachstum, aber eben nicht auf Dauer. Denn es wird dem Kohlekraftwerk kein Windpark zur Seite gestellt, sondern jenes wird geschlossen, sobald Wind und Sonne die Kohle substituieren, und die Kraftwerksbauer müssen sich umstellen. Im Unterschied zu einer Wiederaufbauwirtschaft wie nach dem Zweiten Weltkrieg wird *nicht* in Kapazitätserweiterungen investiert, um eine *wachsende* End- bzw. Konsumnachfrage zu bedienen, sondern Substitution heißt, das Neue rückt an die Stelle des Alten, aber die Kapazität bleibt (ungefähr) gleich, und es bedarf zur ökonomischen Rechtfertigung der ökologischen Umstellung keines *wachsenden* Konsums. Die Endnachfrage nach Energie steigt nicht bzw. sollte nicht steigen, wie es in der Nachkriegswirtschaft notwendig und gewollt war. Dieses Grüne Wachstum ist also kein Dauerbrenner. Soweit die saubere Energie nur an die Stelle der dreckigen tritt, ohne die Energieproduktion insgesamt zu steigern, wird der Umweltschutzzweck erfüllt. Es besteht jedoch die Gefahr, dass die saubere Energieproduktion selbst zu einer Wachstumsbranche wird und den Abnehmern sozusagen ein gutes Umweltgewissen verschafft: noch mehr Autos, aber mit sauberer Energie. Es könnte also zum berüchtigten Rebound kommen bzw. das Jevons-Paradoxon<sup>71</sup> in grünem Gewand wiederkehren. Das scheinen Kritiker des Grünen Wachstums zu befürchten, und sie können erfahrungsgesättigte Argumente anführen. Denn die »... Naturzerstörung wird nicht notwendigerweise zum Problem kapitalistischer Entwicklung insgesamt, denn gefährdende negative Konsequenzen können zeitlich in die

<sup>71</sup> Vgl. Polimeni/Mayumi/Giampietro/Alcott, 2009.

Zukunft verschoben und räumlich externalisiert werden.«<sup>72</sup> Ein (langfristiger) Erfolg der Energiewende und vergleichbar radikale Substitutionsprozesse von umweltschädlichen durch umweltverträgliche Produktion bescheren allen Branchen Riesenverluste, die ihre bisherige Produktion einstellen und Aktiva ihrer Bilanzen abschreiben müssen. Sollte es irgendwann dazu kommen, dass die klimaschädlichen, fossilen Energieträger (Kohle, Erdöl) im Boden bleiben (müssen), gehen Buchwerte in Höhe von Billionen US-\$ »verloren«. Es handelt sich zwar um Vernichtung fiktiven Kapitals, wenn beispielsweise im Aktienkurs eines Mineralölkonzerns seine von irgendwelchen Regierungen erworbenen Förderrechte »eingepreist« wurden und der Kurs nun abstürzt, weil die Förderrechte nicht mehr fruchtbar gemacht werden können, aber so ein Crash hat das Potenzial einer großen Extrakrise in der Dauerkrise. Die Weltökonomie wird sich ihre fossile Energiedroge nicht einfach entziehen lassen.

c) *Sanierung und Regenerierung der Umwelt.* Über 200 Jahre anhaltendes industrielles Wachstum hat eine wahrscheinlich irreversible ökologische Erblast kumulieren lassen. Dennoch oder gerade deshalb sollte es nicht nur bei Maßnahmen bleiben, die die Fortsetzung der Umweltzerstörung beenden – wie unter Ziffern a) und b) beschrieben –, sondern soweit technisch und wirtschaftlich machbar, müsste wenigstens partiell der Status ex ante, also der Ursprungszustand wieder hergestellt werden – sozusagen »Wiederaufforstung« in riesiger Größenordnung. Ein vorerst nur fiktives Anschauungsbeispiel, das auch alle Schwierigkeiten eines solchen Projekts sofort erkennen lässt, wäre die Beseitigung der Plastikverseuchung der Weltmeere und der Meeresfauna. Bereits eine weitere Zunahme dieser Schmutzfracht zu stoppen, scheint nicht zu gelingen. Wahrscheinlich landen eher Menschen auf dem Mars, als dass die Ozeane von der Abfallfracht befreit werden. Wer übernimmt die Verantwortung, woher kämen die (Finanz-)Mittel? Bisher fehlt auch eine effiziente Technik für so ein Großreinemachen. Wohlweislich tauchen in den grünen Wachstumskonzepten (echte) Sanierung und Regenerierung der Umwelt auch kaum auf.

d) *Steigerung der ökologischen Fitness.* Damit ließe sich umschreiben, was jüngst in Mode kam und sich mit dem umgangssprachlich

<sup>72</sup> Siehe Brand/Wissen, Strategien einer Green Economy, Konturen eines grünen Kapitalismus: zeitdiagnostische und forschungsprogrammatische Überlegungen, in: Atzmüller/Becker/Brand/Oberndorfer/Redak/Sablowski (Hrsg.), 2013, S. 132-149 (hier: S. 138).

noch unverständlichen Fremdwort »Resilienz« (das englische »resilience« bedeutet Federn, Spannkraft, Elastizität, Unverwüstlichkeit) aufplustert. Wenn Risiken, Schäden, Katastrophen usw. nicht zu vermeiden sind (oder die Vermeidung »sich nicht rechnet«), sollen die Systeme so robust ausgelegt sein, dass die Folgen abgefedert werden und die betroffenen Systeme immer wieder zur Stabilität ex ante zurückfinden: Der japanische AKW-Gau war einmal, und die japanische Gesellschaft wird »bearbeitet«, damit das System nach einer gewissen Karenzzeit zum Business as usual zurückkehren kann. Die Krankheit ist unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu heilen, aber der Patient wird desensibilisiert, um mit ihr zu leben. Resilienz kann viel bedeuten. Dazu gehört auch das Hochziehen von Dämmen und Schutzmauern gegen Überflutung infolge des steigenden Meeresspiegels. Der Sinn und die Dringlichkeit solcher Maßnahmen stehen außer Zweifel. Doch »eigentliches« Wachstum bringen sie gerade nicht, denn es werden keine Kapazitätserweiterungen vorgenommen, sondern es handelt sich um Vorkehrungen gegen mögliche BIP-Reduktionen infolge der Umweltzerstörung.

e) *Einsparung und Reduktion von Naturverbrauch* im umfassenden Sinn durch entsprechende Technik, aber auch Verhaltensänderungen der Verbraucher. Beispiele sind Wechsel vom Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr, von der Straße auf die Schiene, Energie- und Materialeinsparung bei gleichem Gebrauchswert der Güter, also höhere Energie- und Materialproduktivität bzw. pauschal: höhere Naturproduktivität. Steigende Material- und Energieproduktivität könnte auch in großem Umfang erreicht werden, wenn die seit der Industriellen Revolution forcierte Substitution menschlicher Arbeit durch Naturressourcen wieder umgekehrt wird. Das hieße, gegebenenfalls *sinkende* Arbeitsproduktivität hinzunehmen, um Material und Energie zu sparen. Ein Gedankenexperiment mag das verdeutlichen. Wenn der Erneuerungszyklus der Kfz-Anschaffungen verdoppelt oder verdreifacht wird, was technisch sogar leicht möglich wäre, sodass ein privater Kraftwagen 20, 25 oder 30 Jahre genutzt wird, fallen mehr Wartungs- und Reparaturkosten an, und eventuell müssten einzelne Aggregate ausgetauscht werden, um dem gealterten Vehikel moderne Technik zu installieren. Und bei Verzicht auf häufigen Modellwechsel würden am Ende eines Autolebens mehr wiederverwendbare Ersatzteile und weniger Schrott anfallen. Insgesamt also geringerer Materialverbrauch im Laufe eines Autofahrerlebens und deutlich mehr Arbeit für Kfz-Schlosser. Diese

Reversion eines 200 Jahre alten Trends mittels Substitution von Naturverbrauch im weiten Sinn durch menschliche Arbeit wird per Saldo mehr Beschäftigung bringen, verändert die Wachstumsqualität und die Beschäftigungsstruktur. Die Dienstleistungsproduktion expandiert, und der materielle Output wird vermindert.

Unter dem plakativen Schlagwort »Grünes Wachstum«, so lässt sich resümieren, werden nicht nur verschiedene, sondern teils unvereinbare Handlungskonzepte präsentiert.

Grünes Wachstum bietet in der Tat eine Möglichkeit, das BIP-Wachstum für eine gewisse Zeit zu steigern, aber die Installierung und der Aufbau von grüner Produktionstechnik bringt auch zusätzliche Umweltbelastungen mit sich, und es könnte sich herausstellen, dass grünes Produzieren durch den Rebound-Effekt letztlich ein ökologisch belastendes Wachstum forciert und umweltgünstigere Alternativen verhindert. Das wird in den reichen Volkswirtschaften wegen ihrer endogenen Wachstumsreduktion vermutlich nicht eintreten, aber Schwellenländer wie China könnten geneigt sein, längst als Irrweg erkennbare Entwicklungen wie z.B. die Expansion der individuellen Kfz-Nutzung noch zu forcieren, wenn der gesamtwirtschaftliche Produktionsprozess irgendwann auf erneuerbare Energien umgestellt worden ist. Grünes *BIP-Wachstum* kann unter den bestehenden Produktionsverhältnissen einen Opportunitätsbonus einstreichen, der anderen ökologisch sinnvollen Optionen nicht gewährt wird, weil sie auf Einsparung, Veränderung des Konsumverhaltens und mehr Verbraucherrationalität zugunsten der Gebrauchswertorientierung von Produkten setzen und eindeutig wachstums mindernde Effekte haben. Wer das als grüne »Wachstumsbremse« ablehnt, dürfte viel Applaus ernten, solange BIP-Wachstum bei Wählermehrheiten und in der politischen Klasse sakrosankt ist.

Grünes Wachstum beansprucht Ressourcen. Kann daher deren Verwendung als Investition im engeren Sinn gelten? Der Auf- und Ausbau von Windkraft und Solarenergie bringt Nachfrage, doch gibt es außer dem Nachfrageeffekt auch einen Kapazitätseffekt? Auf den ersten Blick scheint das selbstverständlich der Fall zu sein. Erneuerbare Energie soll aber nur die fossile ersetzen – eben »sauber« statt »dreckig«. Ziel ist also keine gesamtwirtschaftliche Kapazitätserweiterung (der Energiewirtschaft), sondern Substitution alter Anlagen, und zwar in großem Umfang. Das ist Ersatzbau und nicht Zubau. Ersparnisse werden nützlichen Zwecken zugeführt, ohne eine Wachstumserwartung zu bedienen. Ersatzbau vorstehender Art stellt keine Ersatzinvestitionen im

geläufigen Sinn dar. Somit liegt es nahe, eine neue Bezeichnung zu verwenden – beispielsweise »Substitutionsinvestition« –, um sie sowohl vom kapazitätsbildenden Investitionstyp als auch von herkömmlichen Ersatzinvestitionen zu unterscheiden. Während der industriekapitalistischen Vergangenheit dominierte die Kapazitätserweiterung, weshalb die ökonomische Wachstumstheorie jeder Investition bzw. Nettoinvestition außer einem Nachfrageeffekt auch einen Kapazitätseffekt zuschrieb. Im Kapitalismus ohne Wachstum entfällt der alte, kapazitätsbildende Investitionstyp weitgehend, und die Substitutionsinvestition könnte seinen Platz einnehmen. Die Investitionspolitik wird einer neuen Zielfunktion folgen (müssen): »Sichern statt wachsen« und »schützen statt erweitern« könnte sie lauten.

Die (kapazitätsneutrale) nachfragewirksame Verwendung der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis für Umweltschutz, öffentliche Güter und andere Zwecke, die den Ausfall der Akkumulation ersetzen, löst nicht automatisch das Koordinationsproblem von freiwilliger Ersparnis und geplanter Investition, wie es sich seit Beginn der industriekapitalistischen Entwicklung geltend gemacht hat. Auch die Entscheidung, grüne Substitutionsinvestitionen vorzunehmen, müsste im Voraus mit dem absehbaren Ersparnisaufkommen koordiniert werden. Der Marktmechanismus löst dieses Problem nicht. Er reagiert auf die Ergebnisse *vergänger* Entscheidungen und offenbart, ob sie zueinander passen oder nicht. Deshalb reicht der Marktmechanismus nicht hin, um die freiwillige Ersparnis mit der freiwilligen Investition in Übereinstimmung zu bringen. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist daher stets gefährdet. Ex ante stimmen freiwillige Ersparnis und geplante Investition nur zufällig überein, in der Regel trifft das nicht zu. Sinnvoll wäre deshalb die Vorauskoordination der bei Vollbeschäftigung geplanten/freiwilligen Ersparnis und geplanten Investition. Die Entscheidungen, wieviel wofür investiert werden soll, fallen *bevor* tatsächlich investiert wird. Es sollte also hinreichend genau erfasst werden, welches Investitionsvolumen zu erwarten ist und es mit dem erwarteten Sparaufkommen konfrontieren. Weichen die Größen in kritischem Umfang voneinander ab, lassen sich wirtschaftspolitische Korrekturen vornehmen. Eine Koordination der Ex-ante-Größen läuft auf eine gesamtwirtschaftliche Investitionsplanung<sup>73</sup> hinaus. Das schwebte Keynes vor,

<sup>73</sup> Vgl. Dobb, 1968.

als er die »*Sozialisierung der Investitionstätigkeit*«<sup>74</sup> befürwortete. Diese Koordinationsproblematik von Ex-ante- und Ex-post-Größen stellt sich gleichermaßen im Kapitalismus ohne Wachstum. Denn ob im herkömmlichen Sinn investiert wird oder umweltpolitische Substitutionsinvestitionen oder andere politisch erwünschte Projekte die Ersparnis in Anspruch nehmen sollen, ändert nichts an dem Koordinationsproblem, das nur durch eine planorientierte Investitionslenkung rational gelöst werden kann. Das absehbare Aufkommen an Ersparnissen wird im Voraus, also planmäßig, auf die verschiedenen, nach Prioritäten gestaffelten Vorhaben zu verteilen sein, und zwar nicht von Jahr zu Jahr, sondern der Kontinuität halber für einen Mehrjahreszeitraum. Wie bei jeder Vorausplanung werden gewisse Revisionsmöglichkeiten und Reserven vorzusehen sein, was sich dank der modernen Informations- und Kommunikationstechnik effizienter als in der internetfreien Vergangenheit erreichen lässt.

### 3.6 Versionen des neofeudalen Kapitalismus

Die kapitalistische Wirtschaftsweise reicht weit in die vorindustrielle Vergangenheit zurück. Deshalb wurde bereits im ersten, historisch ausgelegten Kapitel betont, dass der Begriff »Kapitalismus« als Oberbegriff für die unterschiedlichen Ausprägungen der kapitalistischen Praxis im Verlauf der Geschichte verwendet werden sollte. Dem vorindustriellen Kapitalismus fehlte das Potenzial, um zur dominierenden Wirtschaftsweise aufzusteigen. Die industriekapitalistische Akkumulation veränderte die Situation, und das kapitalistische Wirtschaften breitete sich flächendeckend aus. Damit entstanden *die* »kapitalistischen Produktionsverhältnisse«, womit gemeint ist, dass es sich um eine kapitalistische Gesellschaftsformation handelt. Präziser ist jedoch, von industriekapitalistischer Formation zu sprechen. Diese Begriffsbestimmung erscheint angebracht, um zu verdeutlichen, dass es zumindest ungenau, wenn nicht verwirrend ist, Kapitalismus und Industriekapitalismus als Synonyme zu verstehen. Vielmehr bedarf es zumindest der groben Unterscheidung zwischen vorindustriellem Kapitalismus und Industriekapitalismus, womit impliziert ist, dass der Industriekapitalismus nur einen bestimmten Typ kapitalistischer Realität darstellt und ein nachin-

<sup>74</sup> Vgl. Zitat in Fußnote 24.



dustrieller Kapitalismus definiert werden kann, nämlich als Kapitalismus ohne Akkumulation.

Die Gemeinsamkeit aller industriekapitalistischen Gesellschaften besteht definitionsgemäß in der Akkumulation. Insofern ist die Behauptung, dass es keinen (Industrie-)Kapitalismus ohne Akkumulation gibt, richtig, aber tautologisch. Der Industriekapitalismus ließ jedoch relativ viel Spielraum für die Entstehung recht unterschiedlicher Ausprägungen der sozialökonomischen Strukturen. Es ist üblich, diese Variationen in Anlehnung an Esping-Andersens »cultures of capitalism«<sup>75</sup> als *Versionen* des (Industrie-)Kapitalismus zu bezeichnen. Verteilung und Verwendung des gesellschaftlichen Reichtums und die Systeme der sozialen Sicherung gelten als wesentliche Unterscheidungsmerkmale der Versionen. Die Ursachen für die Entstehung der verschiedenen Versionen finden sich in der historischen Entwicklung, die sehr deutlich differierende Mentalitäten hervorbrachte, die sich dann in der politischen Gestaltung der Gesellschaften niederschlugen. Die Tatsache der Variationsbreite der industriekapitalistischen Versionen stützt die These, dass auch der nachindustrielle Kapitalismus verschiedene Versionen aufweisen wird. Sie entstehen nicht willkürlich und völlig zufällig, sondern analog zu den existierenden Versionen in Pfadabhängigkeit von vorhergehenden Entwicklungen.

Dabei ist zwar zu bedenken, dass der globalisierte Kapitalismus der Gegenwart tendenziell auf eine Homogenisierung der nationalen Sozialökonomien drängt. Die Politik der bilateralen Handelsverträge weist beispielsweise in diese Richtung, da dem international operierenden Kapital rechtlich sanktionierte Einwirkungsmöglichkeiten auf Regierung und Gesetzgebung souveräner Staaten zugestanden werden (sollen). Der mittels solcher Verträge ausgeübte Gleichschaltungsdruck verengt die Spannweite der »zugelassenen« Kapitalismusversionen. Andererseits entstand in der VR China eine neue Kapitalismusversion, die nicht nur durch ihren beispiellosen Wachstumserfolg beeindruckt, sondern eine spezifische Kombination aus extremer Verteilungsungleichheit und Armutsbeseitigung hervorgebracht hat. Der endogene Krisenmechanismus des Kapitalismus konnte zwar auch in der chinesischen Version nicht eliminiert werden, aber der autoritäre Staatsinterventionismus zeigte sich bisher in der Lage, aufkeimenden Krisen wirksam zu begegnen. Der staatsregulierte Kapitalismus Chinas bietet

<sup>75</sup> Vgl. Esping-Andersen, 1990; Kaufmann, 2003.

sich außereuropäischen Entwicklungswirtschaften als ein dem neoliberalistischen Regime überlegenes Modell an, und mit dem wachsenden internationalen Einfluss Chinas könnte der chinesische Kapitalismus auch katalysierend auf den Übergangsprozess wirken, den die altindustrialisierten Volkswirtschaften bewältigen müssen. In der als BRICS<sup>76</sup> bekannten Gruppe von Schwellenländern nimmt die VR China als mit Abstand stärkste Volkswirtschaft noch vor Russland die führende Rolle ein, und mit den von China initiierten Neugründungen internationaler Finanzinstitute erwächst ein auch machtpolitisch – oder in heute üblicherer Terminologie: »geopolitisch« – relevantes Gegengewicht zu den von den USA instrumentalisierten alten Institutionen wie IWF, Weltbank usw. Die »Westbindung« Kontinentaleuropas wird durch wirtschaftliche, genauer: Kapitalinteressen gelockert werden, wenn sich die VR China noch stärker als bisher ökonomisch und politisch in Europa engagiert. Die neoliberalistische Homogenisierungspolitik des nordatlantischen Kapitalismus könnte sich als anachronistisches Bemühen herausstellen, ein bereits gescheitertes Programm industriekapitalistischer Stabilisierung fortzuführen und gerade dadurch die bereits vorhandenen Gegenkräfte zu stärken. Deshalb wird ein Kapitalismus ohne Wachstum keinem einheitlichen Muster folgen, sondern es dürften sich verschiedene Versionen herausbilden, die sich noch deutlicher als die bisherigen voneinander unterscheiden.

Die kulturellen und speziell die mentalen Unterschiede der Gesellschaften des Westkapitalismus werden sich im Verlauf des Übergangsprozesses vom Industriekapitalismus zur nachindustriellen Epoche politisch eher noch stärker geltend machen als in der Vergangenheit. Denn die »Politik des Übergangs« verläuft als Suchprozess, und er wird im weiteren Verlauf nationalen Besonderheiten umso größeres Gewicht geben, weil die übernationalen Regulierungsversuche als kontraproduktiv wahrgenommen und für die semichaotischen Auswirkungen des Neoliberalismus verantwortlich gemacht werden. Zunehmender Popularitätsverlust überalterter Parteien, Partei-Neugründungen, hohe Wahlenthaltung, Auf- und Abschwelen von Protestbewegungen, Rückkehr zu nationalistischer Abgrenzung, Absenkung moralischer Standards (Solidaritätserosion, sinkende Toleranzschwellen, Fremdenfeindlichkeit etc.) und das generell ansteigende kollektive Unbehagen sind Reaktionen

<sup>76</sup> Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika. Vgl. den informativen Überblick von Wahl, 2015.



auf die Unfähigkeit der Regierungen, die alten sozialökonomischen Probleme und die neu hinzukommenden zu lösen oder wenigstens deren Lösung glaubwürdig in Aussicht zu stellen. Massenarbeitslosigkeit, insbesondere der jungen Generation, zunehmende Ungleichverteilung, Verlust an sozialer Sicherheit, Migrationsbewegungen, Verschleudern öffentlichen Vermögens durch Privatisierung, korruptionsverdächtige »Führungskräfte«, weiße und schwarze Kragenkriminalität, Terrorismus usw. knäulen sich zu einer dunklen Problemwolke, von der sich wachsende Teile der Gesellschaften bedroht fühlen.

Wenn die internationale »Gemeinschaft« und insbesondere die europäischen Institutionen der Situation nicht gewachsen sind oder als unfähig, gar als Handlanger der Profiteure der ängstigenden Verhältnisse erscheinen, werden »nationale« Lösungsangebote populär. Dabei wird die historische Pfadabhängigkeit der verschiedenen Kapitalismusversionen durchschlagen und einer globalen Homogenisierung des Zukunftskapitalismus entgegen wirken. Die Abschottung gegen die Zwänge der neoliberalistischen Außenwelt könnte von einer Bevölkerungsmehrheit unterstützt werden, und die Kosten der Rückgewinnung nationaler Souveränität werden als Preis der versprochenen Problembewältigung hingenommen. Die relativ sichere Existenz durch eine vom Wachstumsziel gelöste Vollbeschäftigungspolitik dürfte gegenüber der heutigen existenziellen Unsicherheitsproduktion durch die leerlaufende Wachstumsförderung von den meisten Wahlberechtigten präferiert werden. Die Entkoppelung der Beschäftigung von der Akkumulation findet insofern bereits statt, als der Akkumulationsprozess ausläuft. Es fehlt bisher nur die Einsicht in diese neue Konstellation. Die Neuorientierung von Politik und ökonomischem Fachverstand tritt nicht abrupt und überall gleichzeitig ein, doch macht die Dauer der Stagnation sie schließlich unausweichlich. Gesellschaften mit wohlfahrtsstaatlicher Erfahrung und mental eingewurzelten Egalitätsvorstellungen werden ihr sozialökonomisches Erbe in die Zukunft einbringen und eine sozialstaatliche Version nachindustriellen Kapitalismus implementieren. Dagegen dürften die sozialstaatsfernen, gar sozialstaatsfeindlichen Kapitalismus-Versionen tendenziell einem brutalen Neofeudalismus mit scharfen Klassengrenzen und verhärteter Verteilungsungleichheit zustreben.

»Neofeudalismus« wird hier wie im gesamten Buch im ökonomischen Sinn als Kapitalismus ohne Akkumulation verstanden. Der Begriff hebt insofern nicht auf die eher klassen- und herrschaftstheore-

tischen Dimensionen ab, wie dies in Erörterungen über verstärkte Re-feudalisierungstendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus der Fall ist. Der neofeudale Kapitalismus kann sich in ganz unterschiedlichen, teilweise auch gegensätzlichen Formen entwickeln. In Abbildung 8 sind charakteristische Merkmale der »sozialstaatlichen Versionen« und »oligarchisch kapitalstaatlichen Versionen« holzschnittartig gegenübergestellt. Der Frage, Kanonen oder Butter, stellt sich auch im Kapitalismus ohne Wachstum. Wofür die gesamtwirtschaftliche Ersparnis nachfrage-wirksam verwendet wird, wenn die Akkumulation entfällt, hängt wesentlich von dem neofeudalen Versionstyp ab. Sozialstaatliche, quasi-keynesianische Versionen werden dazu tendieren, die Ersparnisse

**Abbildung 8: Zwei Versionen des Neofeudalismus**

Neofeudalismus	
Sozialstaatliche Versionen	Oligarchische kapitalstaatliche Versionen
■ Bewusste Umstellung auf Stagnation (Ende neoliberaler Politik)	■ Stagnationsleugnung, Festhalten am Wachstumsparadigma und Neoliberalismus
■ Mäßige Ungleichheit	■ starke Ungleichheit
■ Hohe Staats- und Steuerquote	■ »schlanker Staat«/niedrige Staatsquote
■ ökologische Rücksichtnahme in Produktion und Konsum (ökologisches Wohlstandsmodell)	■ Ökologie nachrangig zum Wachstums-bemühen (konsumistisches Wohlstandsmodell)
■ Substanzerhalt der Infrastruktur	■ Vernachlässigung der Infrastruktur
■ umfassendes Angebot öffentlicher Güter	■ Privatisierung öffentlicher Güter und Unternehmen mit den Folgen Unterversorgung, Verteuerung, Qualitätsverlust und Prekarisierung
■ hoher Anteil öffentlicher Unternehmen	
■ hohes Beschäftigungsniveau	■ anhaltende Massenarbeitslosigkeit
■ Arbeitszeitverkürzung als Option	■ tendenziell längere Arbeitszeiten
■ gesamtwirtschaftliche Planung, partielle Investitionslenkung	■ Marktradikalismus
■ Ausweitung demokratischer Einflussmöglichkeiten	■ überwachungsstaatliche Praktiken
■ sozialfriedliche Konfliktlösung	■ Festigung ökonomischer Einflussnahme auf die Politik
	■ sozialökonomische und politische Spaltung der Gesellschaft → eskalierende Konflikte → Repressionsverschärfung

gemeinwohlorientiert zu verwenden. Sei es durch eine staatliche Finanzagentur, die im Sinn traditioneller Sparkassen operiert und zinsgünstige bzw. zinslose Kredite an die öffentlichen Hände gewährt, sei es durch massive Steuerprogression, um die Ersparnisse aus hohen Einkommen abzuschöpfen.

Hingegen werden oligarchisch-kapitalstaatliche Versionen die Ersparnisse vor dem steuerpolitischen Zugriff wohl auch weiterhin verschonen und deren Verwendung für Luxus- und Lustvermögen stimulieren, gegebenenfalls auch das »Sicherheitswesen« und den Rüstungssektor bevorzugen. Vollbeschäftigung könnte im oligarchisch-kapitalistischen Neofeudalismus bewusst vermieden werden, um Arbeitslosigkeit als Disziplinierungsinstrument verfügbar zu halten.

Auf die Verwandtschaft eines nachindustriellen Kapitalismus ohne Wachstum mit einem Wirtschaftssystem der einfachen Reproduktion wurde bereits verwiesen und zugleich herausgestellt, dass die produktionsbezogene Innovationstätigkeit und der technische Fortschritt durch die umfangreichen Ersatzinvestitionen gewährleistet bleiben. Technologische bzw. rationalisierungsbedingte Arbeitslosigkeit kann bei Stagnation nicht durch Wachstum neutralisiert werden, sondern Produktivitätswachstum wird in reduzierte (Lebens-)Arbeitszeit transformiert, und dafür gibt es eine Vielfalt von Möglichkeiten – von kürzerer Wochenarbeitszeit, längerem Urlaub, Variation des Renteneintrittsalters usw.

Wie schon dargelegt, schließt gesamtwirtschaftliche Stagnation einzelwirtschaftliches Wachstum keineswegs aus. Die innovations- bzw. konkurrenzstärkeren Unternehmen werden Wettbewerber verdrängen. Damit setzen sich auch Kumulation und Konzentration des Vermögens fort, soweit dem nicht wettbewerbspolitisch entgegen gewirkt wird.

Der Fortfall profitorientierter Akkumulation entzieht der Selbstvermehrung der Besitz- bzw. Kapitaleinkommen eine wesentliche Grundlage. Mehrwert wird keinen Mehrwert mehr hecken. Vielmehr wird der Spielraum für Lohnsteigerungen erhöht. Die sozialstaatlichen Versionen des Neofeudalismus werden die sozialen Sicherungssysteme fundamental neu gestalten müssen, nämlich auf das Umlageverfahren gründen, wenn dort bisher das Kapitaldeckungsverfahren dominiert oder auch nur in erheblichem Umfang praktiziert wird. Denn ohne profitwirtschaftliche Akkumulation bleiben Ersparnisse ohne (Zins-)Erträge, und für das Kapitaldeckungsverfahren bleiben nur die risikoreichen Anlagen im noch akkumulationsdynamischen Ausland (z.B. China)

und in (wahrscheinlich) relativ renditeschwache Beteiligungen am Unternehmenbestand der Länder des Kapitalismus ohne Wachstum. Die Umstellung bzw. die Rückkehr zum Umlageverfahren, das als einziges langfristig dem sozialen Sicherheitsanspruch genügt, ist unabdingbar. Doch das gilt auch heute schon und ist kein Spezifikum eines künftigen Kapitalismus ohne Wachstum.

Die »Negativversion« des nachindustriellen Kapitalismus, um ein Werturteil zu formulieren, wird, wie schon bemerkt, mit Verzögerung zustanden kommen. Denn zuvor werden die vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft, das gesetzmäßige Ende der Akkumulation hinauszuschieben. Dabei kommt dem »militärisch-industriellen Komplex« bekanntlich eine Sonderstellung zu. Mittels *anhaltender* Hochrüstung und anderer Arten der unproduktiven Verwendung des gesellschaftlichen Mehrprodukts kann die Akkumulation zeitweilig angeregt werden, sodass dann eine gewisse Wachstumsbelebung erreicht wird. Prosperität durch Rüstung gleicht dem Graben und Verfüllen von Löchern mit hochtechnologischem Instrumentarium. Auslastung und weiterer *Zubau* von Rüstungskapazitäten ist auf *Wachstum* der Nachfrage nach Rüstungsgütern angewiesen. Bisher sind die größten Kunden der Rüstungsindustrie noch Staaten und private Söldnerorganisationen. Das organisierte Verbrechen und die so genannten Waffennarren tragen in steigendem Maße ebenfalls zum Umsatz bei. An der Rüstungsökonomie wird besonders deutlich, dass und wie durch (staatliche) Nachfrage Wachstum und Beschäftigung gesteigert werden kann. Der marktwirtschaftliche Mechanismus funktioniert unabhängig davon, welche Güter nachgefragt werden. Statt Rüstung könnten Umweltschutz, Sozialwohnungen, Bildung, Pflege und viele andere wohlstandsnützliche Sachgüter und Dienste produziert werden. Die alte Frage stellt sich immer wieder: Warum genießt die Rüstungsindustrie – zumindest in etlichen Ländern – eine Art Sonderstellung? Das Sicherheitsargument spielt eine wesentliche Rolle, aber es wird weit gefasst: Sicherheit der Rohstoffversorgung, Sicherheit der Transportwege zu Wasser, Land und Luft, Sicherheit gegen tatsächlich oder vermeintlich aggressive Regime, gegen Terror usw. Deshalb haben die Rüstungsindustrien einen weltweiten Markt und genießen als exportstarke Branche in ihren Heimatländern besonderes Wohlwollen. Dennoch gibt es keinen spezifisch *wirtschaftlichen* Grund für die Sonderstellung der Rüstung, sondern es handelt sich um ein machtpolitisches Phänomen; so wie auch die beiden Weltkriege sich nicht auf irgendwelche ökonomischen Determinan-

ten reduzieren lassen, wie vorteilhaft sich jene auch für die Gewinne der Rüstungsindustrien erwiesen.

Das alles sind jedoch Übergangserscheinungen im Veränderungsprozess, und die krampfhaften Wachstumsanstrengungen verkürzen die Zeitstrecke, die noch verbleibt, ehe die natürlichen Wachstumsgrenzen erreicht werden.

#### 4. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus und Schumpeters Sozialismus-Modell

Vermutlich bezweifeln die meisten unserer Zeitgenossen, dass es in Zukunft zu einem Wirtschaftssystem ohne Kapitalismus kommen wird, und viele halten einen Kapitalismus ohne Wachstum, also ohne profitwirtschaftliche Akkumulation, ohnehin für prinzipiell unmöglich. Dagegen erscheint eine nachkapitalistische Welt trotz des gescheiterten sowjetischen Experiments zumindest außerhalb der ideologischen Hegemonialregionen der westkapitalistischen Gesellschaften keineswegs mehr als realitätsferne Utopie, sondern als erstrebenswerte und erreichbare Wirklichkeit. Ein Kapitalismus ohne Wachstum und eine nachkapitalistische Gesellschaft werden gleichermaßen prozess- und ordnungspolitische Reformen zeitigen. Die negativen Erfahrungen mit dem Marktradikalismus und mit den imperativen Planwirtschaften ohne marktwirtschaftliche Allokation desavouieren jeden einseitig konzipierten Zukunftsentwurf und bestätigen die heute fast vergessene »konvergenztheoretische« Systemkonzeption:<sup>77</sup> Gesamtwirtschaftliche Planung und marktwirtschaftliche Allokation sind keine prinzipiellen Gegensätze, sondern optimieren sich gegenseitig. Die Gegensatzthese ist eine Erfindung der Fanatiker des Marktradikalismus und des Planwirtschaftsimperativs, und beide Seiten haben die Konvergenztheorie heftig bekämpft. Ein Kapitalismus ohne Wachstum wird von der Konvergenztheorie mit Gewinn Gebrauch machen und gesamtwirtschaftliche Planung mit der Marktallokation verbinden. Das schwebte auch Keynes vor, als er die Sozialisierung der Investitionstätigkeit auf die Zukunftsagenda setzte.

Die Erfahrungen in einem sozialstaatlichen Kapitalismus ohne Wachstum werden mentale Folgen haben. Die kapitalistische Wirtschaftsweise könnte als eine brauchbare *Komponente* in eine nicht-kapitalistische Formation eingefügt sein, wie das in vorindustriellen Wirtschaftssystemen

<sup>77</sup> Vgl. zum Überblick: Ludz, Konvergenz, Konvergenztheorie, in: Kernig (Hrsg.), 1973, S. 22-38; W. Goerd, II. Konvergenztheorie, in: Ritter/Gründer (Hrsg.), 1976, Sp. 1080-1082.